

Mehr radikale Demokratie wagen – jenseits der Parteizwänge!

In der Februar-Ausgabe beschrieb »Blätter«-Redakteur Albrecht von Lucke die Auflösung der klassischen Koalition als ein Krisensymptom unserer Demokratie. Der Politikwissenschaftler und Publizist **Egbert Scheunemann** plädiert dagegen dafür, diese Entwicklung als Chance zu begreifen.

Welche demokratiefeindlichen Auswirkungen Koalitions-, Parteien- und Fraktionszwänge haben können, hat sich jüngst bei der Wahl des neuen Ministerpräsidenten im Thüringer Landtag gezeigt: Um die bürgerlichen Parteien und die Parteiendemokratie insgesamt vorzuführen und ihre eigene Macht zu demonstrieren, stimmte die AfD-Fraktion geschlossen für den FDP-Kandidaten, dessen Partei bei der Landtagswahl im vergangenen Oktober gerade mal fünf Prozent der Stimmen erzielt hatte. Ihr eigener Kandidat bekam hingegen keine einzige Stimme. Der Rest der Geschichte ist bekannt – ein Fiasko sondergleichen für die parlamentarische Demokratie und auch für die in ihrem Lagerdenken, ihren Koalitions- und Fraktionszwängen be- und gefangenen Parteien.

Denn formaldemokratisch wurde der FDP-Kandidat ja durchaus korrekt zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt. Formaldemokratisch kam aber 1933 auch das Ermächtigungsgesetz zustande. Hätten die Thüringer Abgeordneten aber in der geheimen Wahl – wie es eigentlich die Verfassung vorschreibt – rein nach *Wissen* und *Gewissen* sowie unabhängig von allen *Weisungen*, also jenseits aller Parteien- und Fraktionszwänge abstimmen können, wäre ein solches

Fiasko undenkbar gewesen. Denn nur einen Tag nach diesem Fanal zeigte sich, was auch davor schon bekannt war: dass nämlich nicht wenige Thüringer Abgeordnete etwa der CDU für eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der Linken offen waren – via Stimmenthaltung oder auch durch fallweise, projektorientierte Zustimmung zu den Vorhaben einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung. Sie durften aber dergleichen nicht tun – zwangsweise und damit demokratiefeindlich.

Das Thüringer Fiasko kann daher als krachend missglückter Versuch der etablierten Parteien begriffen werden, sich gegen die seit langer Zeit abzeichnende Auflösung der klassischen politischen Lager und klassischer Koalitionspartnerschaften zu stemmen sowie gegen die daraus resultierende Notwendigkeit, lagerübergreifend zusammenzuarbeiten. Dieser Auflösungsprozess und die Notwendigkeit neuer Formen der politischen Zusammenarbeit werden oft als Gefahr für die Demokratie betrachtet. Aber man könnte und sollte sie dagegen eher als Chance begreifen für die Verwirklichung einer radikalen Demokratie und ganz neuer Möglichkeiten der Problemlösung – welcher Probleme auch immer.

Stellen wir uns nur einmal vor, alle politischen Entscheidungen auf allen Ebenen und zu sämtlichen politischen Themen würden künftig ausschließlich in geheimen Abstimmungen, also nur noch nach Wissen und Gewissen der demokratisch gewählten Abgeordneten gefällt werden – also jenseits aller Fraktions- und Koalitionszwänge sowie auch jenseits aller Einflüsse etwa durch Lobbyisten. Wäre Unregierbarkeit die Folge? Weit gefehlt!

Es gäbe vielmehr fast nur noch Sternstunden der Demokratie. Die gab es bisher nämlich vor allem genau dann, wenn die eben genannten Bedingungen erfüllt waren – wenn demokratisch gewählte Abgeordnete nach langen Informationsrunden, Diskussionen und Debatten, in denen Argumente pro und kontra ausgetauscht wurden, in geheimen, also zwangsfreien Abstimmungen allein ihrem Wissen und Gewissen, ihrem Verstand und ihren moralischen Prinzipien gemäß entscheiden konnten – entscheiden durften.

Dieses Modell einer radikalen Demokratie, in der alle Entscheidungen ausschließlich nach Wissen und Gewissen getroffen werden, käme dem Gedanken eines herrschaftsfreien Diskurses sehr nahe. In der Diskurstheorie ist Wahrheit – oder, genauer, das, was als rational, vernünftig, moralisch oder ethisch akzeptabel erscheint – das Ergebnis eines ebensolchen herrschaftsfreien Diskurses. Eines Diskurses also, in dem nach Jürgen Habermas nichts anderes zählt als der eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Argumentes – und nicht etwa das größte Mundwerk, die dickste Briefftasche, die größte Macht oder eben der Fraktions- oder Koalitionszwang.

In unserem aktuellen Politikmodell resultieren Fraktions- und Koalitionszwänge aus dem, fast hätte ich gesagt: Zwang, gesamte Politikprogramme koalierender Parteien zu bündeln, sprich: die gesamten Parteiprogramme hinreichend zur Deckung zu bringen. Wären nur einzelne Politikbereiche

(etwa Sozial-, Arbeitsmarkt-, Renten-, Migrations- und Rüstungspolitik) zu koordinieren, würden sich sehr schnell jene Politikbereiche und programmatischen Einzelziele der Parteien herauskristallisieren, bei denen Mehrheiten bestehen, und jene, bei denen eben keine Mehrheiten bestehen, aber womöglich Mehrheiten bestehen würden, hätte man – ja, durchaus *alle* – im Parlament vertretenen Parteien befragt, hätte man *alle* Programme abgeglichen, hätte man *alle* Volksvertreterinnen und Volksvertreter des Parlamentes ohne jeden Fraktionszwang und in geheimen Abstimmungen darüber entscheiden lassen.

» Die programmatischen Übereinstimmungen zwischen den Parteien zu einzelnen Punkten sind überwältigend groß. «

Die programmatischen Übereinstimmungen zwischen den Parteien sind nämlich überwältigend groß – je nach Politikbereich natürlich mehr oder weniger. Wenn Wähler nach einzelnen Politikfeldern entscheiden können – und das können sie zum Beispiel beim sogenannten Wahl-O-Mat¹ –, offenbaren sich frappierende programmatische Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien.

Grüne und Linke etwa stimmen zu weit über 80 Prozent programmatisch überein, SPD und Grüne zu weit über 70 Prozent – und SPD und CDU immer noch zu fast 70 Prozent. Sogar bei CDU und Grünen liegt die Übereinstimmung bei über 50 Prozent. Den geringsten programmatischen Gleichklang gibt es zwischen der Linken und der AfD – aber selbst da sind es noch immer etwa 33 Prozent.

Der Haken an unserer Demokratie: Diese großen Mehrheiten können

1 Vgl. www.wahl-o-mat.de/bundestagswahl2017/PositionsvergleichBundestagswahl2017.

derzeit nicht frei zueinanderfinden aufgrund bestehender Partei-, Fraktions- und Koalitionszwänge. Gesamte Parteien sind gezwungen, aufgrund ihrer Parteiprogramme zu koalieren, sodass einzelne Politikfelder oft nicht bearbeitet werden, einzelne programmatische Ziele nicht verwirklicht werden können – obwohl über alle Parteien hinweg einfache und nicht selten große bis sehr große Mehrheiten bestünden, sie zu realisieren.

Umgekehrt können Vorhaben verwirklicht werden, obwohl nur kleine Minderheiten im Parlament sie unterstützen – aber kleine Koalitionspartner sie als Gegenleistung für die Zustimmung in anderen Bereichen durchsetzen konnten. Man denke etwa an die Pkw-Maut für Ausländer, die anfänglich nur die CSU forderte, die letztlich aber aufgrund von Fraktions- und Koalitionszwängen vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Nur solche Zwänge machen es möglich, dass nicht selten der Schwanz mit dem Hund wedelt. In der alten Bundesrepublik war es oft die kleine FDP, die wedelte, und die Volksparteien CDU und SPD, die gewedelt wurden.

Es wird immer wieder behauptet, dass Parteien-, Fraktions- und Koalitionszwänge notwendig sind, um überhaupt regieren zu können. Meines Erachtens ist das völliger Unsinn. Parteien-, Fraktions- und Koalitionszwänge dienen allein kleinen Parteieliten und -oligarchien dazu, durchregieren zu können – über die Köpfe vieler Mitglieder der eigenen Fraktion hinweg und über noch viel mehr Mitglieder oppositioneller Fraktionen und summa summarum oft der (großen) Mehrheit des Parlaments. Nur ein striktes Verbot solcher Fraktionszwänge und ein ebenso striktes Gebot geheimer Abstimmungen bei *sämtlichen* Abstimmungen würde dem Verfassungsgebot des Artikels 38 GG nachkommen, wonach Abgeordnete des Deutschen Bundestags „an Aufträgen und Weisungen nicht gebunden

und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind.

» Parteien-, Fraktions- und Koalitionszwänge sind zutiefst demokratiefeindlich – und eigentlich verfassungswidrig.«

Noch schärfer ausgedrückt: Parteien-, Fraktions- und Koalitionszwänge sind zutiefst demokratiefeindlich – und eigentlich verfassungswidrig. Ohne sie würden nicht mehr kleine herrschende Parteizirkel durchregieren, sondern die Repräsentanten des Volkes, des Souveräns. Und diese würden sich bei Gesetzesentscheidungen allein von ihrem Gewissen und Verstand leiten lassen (können) – weil kein Partei- oder Fraktionschef, kein Lobbyist, kein sonstiger Auftraggeber aufgrund der obligatorisch geheimen Abstimmungen überprüfen (und mit Sanktionen ahnden) könnte, wie der einzelne Abgeordnete abgestimmt hat (auch solche Sanktionen sind übrigens verfassungswidrig; siehe Artikel 46 GG).

Was dabei herauskäme? Eine Häufung jener Sternstunden des Parlamentes, die fast immer und fast ausschließlich dann verzeichnet wurden, wenn in sehr wichtigen, sehr neutralen, zutiefst wert- und emotionsgeladenen politischen Fragen und Entscheidungen der Fraktionszwang aufgehoben wurde – siehe zuletzt bei der Entscheidung über Organspenden, davor bei der sogenannten Ehe für alle, vor längerer Zeit bei der Abstimmung über Präimplantationsdiagnostik oder immer wieder bei der Verlängerung der Verjährungsfristen von NS-Verbrechen.

Und wie könnte unter solchen Bedingungen eines bedingungslosen Verbots aller Parteien-, Fraktions- und Koalitionszwänge überhaupt eine Regierung zustande kommen? Natürlich demokratisch! Wie sonst? Gewählte Abgeordnete würden sich

als Kandidatinnen und Kandidaten für sämtliche Regierungsämter zur Wahl stellen (tendenziell wären das jene, die von ihren Parteien etwa als Kanzlerkandidatinnen oder -kandidaten gewählt worden sind) – und die Abgeordneten des Parlaments würden in geheimen Abstimmungen allein ihrem Verstand und ihrem Gewissen folgen (können) und jene wählen, von denen sie überzeugt sind, dass sie ihr Amt gut ausfüllen werden, dass sie hinreichend qualifiziert sind und für eine Politik stehen, die den eigenen Werten und Zielen hinreichend entspricht. Dann aber wäre mit Sicherheit nicht der 5-Prozent-Kandidat Kemmerich gewählt worden, sondern Bodo Ramelow, dem 70 Prozent der Thüringer bescheinigen, gute Arbeit zu leisten.

» Schnell gäbe es nur noch Entscheidungen und Gesetze, die – über alle Fraktionen hinweg – zutiefst demokratisch legitimiert wären. «

Am Ende sei an ein paar weiteren konkreten Politikbeispielen verdeutlicht, wie wir zu besseren, sachgerechteren Ergebnissen kämen: Wir hätten sehr schnell eine sehr viel sozialere Sozialpolitik, wenn unter den neuen Bedingungen einer von allen Parteien-, Fraktions- und Koalitionswängen befreiten Politik – also in diesem Sinne in einer *radikalen Demokratie* – nicht nur

die üblichen Verdächtigen in Sachen sozialerer Sozialpolitik, also Linke und Sozialdemokraten (unter Letzteren zumindest jene, die ihren Namen verdienen), zusammenfinden würden, sondern auch der soziale Arbeitermerflügel der Grünen, der CDU und der (ja, den gibt's auch da) CSU – und sogar noch die (okay: wenigen, sehr wenigen) Sozialliberalen aus der FDP (und wenn's aus den Reihen der AfD hier und da die eine oder andere Stimme für eine sozialere Politik gäbe – nun ja, dann wäre das so, man nennt es Demokratie).

Und wenn es um Freiheits-, Menschen- oder Bürgerrechte ginge, könnten sich alle freiheitsliebenden Kräfte zusammenfinden – und die gibt es überall, in der Linken wie in der FDP (die sich als Parteien sonst spinnefeind gegenüberstehen), bei den Grünen wie in der CDU oder SPD.

Man dekliniere alle Politikbereiche durch, die Klimapolitik etwa, die Energiewende! Schnell gäbe es nur noch Entscheidungen und Gesetze, die – über alle Fraktionen hinweg – zutiefst demokratisch legitimiert wären und deren Geist zu erkennen gäbe, wie sie entstanden sind: zwangsfrei und allein dem Verstand und Gewissen demokratisch gewählter Volksvertreter gemäß, herrschaftsfrei, also der Wahrheit und der Vernunft entsprechend. Was kann man sich als vernunftbegabtes Wesen und eingefleischter Demokrat Besseres wünschen?



Chinas Weg zur Weltmacht

China macht verstärkt seinen globalen Einfluss geltend und fordert damit den Vormachtanspruch der USA heraus. Wie sieht sie aus, die neue Weltordnung?

Das Online-Dossier auf www.blaetter.de: 16 Beiträge für nur 6 Euro